

**Die Grenzziehung zwischen wirtschaftlichen und
nichtwirtschaftlichen Vereinen**

Inaugural-Dissertation

**zur Erlangung des akademischen Grades eines Doktors der Rechte
durch die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Westfälischen
Wilhelms-Universität zu Münster**

von

Sven Joachim Keuter

Erster Berichterstatter: Prof. Dr. Dr. h.c. Reiner Schulze
Zweiter Berichterstatter: Prof. Dr. Johann Kindl
Dekan: Prof. Dr. Ingo Saenger
Tag der mündlichen Prüfung: 19. Mai 2015

Berichte aus der Rechtswissenschaft

Sven Joachim Keuter

**Die Grenzziehung zwischen wirtschaftlichen und
nichtwirtschaftlichen Vereinen**

D 6 (Diss. Universität Münster (Westfalen))

Shaker Verlag
Aachen 2015

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Münster (Westfalen), Univ., Diss., 2015

Copyright Shaker Verlag 2015

Alle Rechte, auch das des auszugsweisen Nachdruckes, der auszugsweisen oder vollständigen Wiedergabe, der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen und der Übersetzung, vorbehalten.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-8440-3996-2

ISSN 0945-098X

Shaker Verlag GmbH • Postfach 101818 • 52018 Aachen

Telefon: 02407 / 95 96 - 0 • Telefax: 02407 / 95 96 - 9

Internet: www.shaker.de • E-Mail: info@shaker.de

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2015 von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster als Dissertation angenommen. Die Arbeiten am Manuskript waren Anfang November 2013 abgeschlossen.

Besonders danken möchte ich zuerst meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Reiner Schulze dafür, dass er das Thema der Arbeit angeregt und die Dissertation betreut hat. Herrn Prof. Dr. Johann Kindl danke ich für die schnelle Erstellung des Zweitgutachtens.

Frau Sabine Leiwering geb. Hinsken und Herrn Dr. Christian Dietrich danke ich herzlich für das mühevoll Korrekturlesen des Manuskripts.

Danken möchte ich zudem meinen Kollegen aus der Kanzlei Korte, Reckels, Ruhwinkel und Lamers, insbesondere Herrn Rechtsanwalt Franz Ruhwinkel, dafür, dass sie mir stets die notwendigen Freiräume für die Arbeit an der Dissertation gelassen haben.

Besonders herzlich danke ich schließlich meinen Eltern Maria und Franz-Joachim Keuter dafür, dass sie mir meine Ausbildung und die vorliegende Arbeit erst ermöglicht und mich stets liebevoll in allem unterstützt haben. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Münster, im September 2015

Sven Joachim Keuter

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis.....	VII
Einleitung.....	1
Erster Teil: Die Abgrenzung der beiden Vereinsklassen.....	7
A. Der Begriff des „Zwecks“ in den Tatbeständen der §§ 21, 22 BGB.....	7
I. Identifizierung des maßgeblichen Problems.....	7
II. Die Bestimmung des Begriffs „Zweck“ in den Tatbeständen der §§ 21, 22 BGB.....	10
1. Semantische Interpretation.....	10
2. Historische Interpretation.....	10
3. Systematische Interpretation.....	11
4. Teleologische Interpretation.....	13
III. Ergebnis und Konsequenzen dieser Begriffsbestimmung.....	17
B. Der Begriff des „wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs“ in den Tatbeständen der §§ 21, 22 BGB.....	18
I. Keine einheitliche Definition des Begriffs „wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb“.....	18
II. Die Vereinsklassenabgrenzung im Wege einer Typenordnung.....	19
III. Diskussion der Typenordnung.....	22
1. Die betroffenen Schutzinteressen.....	22
a) Der Gläubigerschutz.....	23
b) Der Mitgliederschutz.....	25
aa) Vergleich zwischen Handelsgesellschaftsrecht und Vereinsrecht.....	25
bb) Konsequenzen für die Abgrenzung der Vereinsklassen.....	26
cc) Ergebnis.....	31
c) Der Sozialschutz.....	32
2. Das Erfordernis einer anbietenden Tätigkeit.....	33

IV. Weitere Fallgruppen von wirtschaftlichen Vereinen.....	35
1. „Vermögensverwaltungsvereine“	36
a) Meinungsstand.....	36
b) Diskussion der einzelnen Ansichten.....	37
c) Ergebnis.....	41
2. Holdingvereine.....	42
a) Überblick über den Meinungsstand.....	43
b) „Zurechnung“ bereits bei einer Minderheitsbeteiligung an einer wirtschaftlich tätigen Kapitalgesellschaft?.....	44
aa) Diskussion.....	44
bb) Zwischenergebnis.....	48
c) „Zurechnung“ bei konzernrechtlicher Verbindung zwischen Verein und wirtschaftlich tätiger Kapitalgesellschaft?.....	48
aa) Der konzernrechtliche Unternehmensbegriff.....	49
(1) Grundsätzliches zum konzernrechtlichen Unternehmensbegriff.....	49
(2) Zwischenholding.....	51
(3) Die Beteiligung an einer einzigen Gesellschaft, die nicht als Zwischenholding fungiert.....	56
bb) Die einzelnen Arten von konzernrechtlichen Unternehmensver- bindungen.....	60
(1) Einfache Abhängigkeit, „faktischer“ Konzern und Vertragskonzern.....	61
(2) „Qualifiziert faktischer Konzern“.....	64
cc) Die Haftung innerhalb der einzelnen Arten von Unternehmensver- bindungen.....	65
(1) Die Haftung bei Bestehen eines Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrages mit einer AG oder KGaA.....	66
(2) Die Haftung bei einfacher Abhängigkeit und „faktischem“ Konzern einer AG oder KGaA.....	68
(3) Die Haftung bei qualifizierter Nachteilszufügung bei Abhängigkeit einer AG oder KGaA.....	75
(4) Die Haftung bei Bestehen eines Beherrschungs- oder Gewinnabführungsvertrages mit einer GmbH.....	77
(5) Die Haftung bei einfacher Abhängigkeit und „faktischem“ Konzern einer GmbH.....	77

(a) Die Haftung bei Beherrschung einer mehrgliedrigen GmbH.....	78
(b) Die Haftung bei qualifizierter Nachteilszufügung bei Abhängigkeit einer mehrgliedrigen GmbH.....	79
(c) Die Haftung bei Beherrschung einer Einpersonen-GmbH.....	80
d) Konsequenzen der konzernrechtlichen Haftung für die Vereinsklassenabgrenzung.....	82
aa) Meinungsstand.....	83
bb) Diskussion der einzelnen Ansichten.....	84
cc) Stellungnahme.....	90
dd) Ergebnis.....	96
3. Vereine im Dienste eines Unternehmens.....	98
a) Meinungsstand.....	99
b) Diskussion der einzelnen Ansichten.....	99
c) Stellungnahme.....	102
d) Ergebnis.....	104

C. Das Nebenzweck-/Nebentätigkeitsprivileg.....105

I. Grundsätzliche Anerkennung und methodische Einordnung des Nebenzweck-/Nebentätigkeitsprivilegs.....	105
II. Die Voraussetzungen des Nebenzweck-/Nebentätigkeitsprivilegs.....	109
1. Die historische Befundlage und ihre Konsequenzen.....	109
2. Weitere Voraussetzungen des Nebentätigkeitsprivilegs.....	110
a) Quantitative Begrenzung des Umfangs der Wirtschaftstätigkeit.....	110
aa) Absolute Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung.....	112
bb) Relative Grenzen der wirtschaftlichen Betätigung.....	115
b) Zu- und Unterordnung der wirtschaftlichen Betätigung.....	118
III. Zusammenfassende Darstellung der hier vertretenen Konzeption – Ergebnis.....	123

Zweiter Teil: Die Rechtsfolgen wirtschaftlicher Betätigung von Vereinen.....127

A. Registerrechtliche Folgen.....127

I. Der Erwerb der Rechtsfähigkeit.....	127
II. Die Löschung nach § 395 FamFG.....	127
III. Die Rechtsfolgen der Löschung nach § 395 FamFG.....	132

IV. Exkurs: Fortsetzung, Formwechsel und Umwandlung von Vereinen.....	134
1. Die Fortsetzung des Vereins als nicht rechtsfähiger Verein.....	135
2. Der Formwechsel des Vereins in eine AG, GmbH, KGaA oder eG.....	136
3. Die Konzessionierung des Vereins als wirtschaftlicher Verein i.S. des § 22 BGB.....	140
4. Auslagerung des wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs des Vereins auf eine Kapitalgesellschaft.....	141
5. Fazit.....	142
B. Die Haftung bei wirtschaftlicher Betätigung eingetragener Vereine.....	143
I. Die Haftung nach der Löschung aus dem Vereinsregister.....	143
II. Die Haftung vor der Löschung aus dem Vereinsregister.....	144
1. Grundsätzlich keine persönliche Haftung der Mitglieder für die Vereins- schulden.....	144
2. „Durchgriffshaftung“ bei unzulässiger wirtschaftlicher Betätigung eines e.V.?.....	145
a) Einführung in den Meinungsstand.....	145
b) Dogmatische und methodische Grundlagen der „Durchgriffshaftung“.....	146
c) Einzelne Fallgruppen der „Durchgriffshaftung“.....	150
aa) Vermögens- und Sphärenvermischung.....	150
bb) Unterkapitalisierung.....	152
(1) Meinungsstand.....	153
(2) Diskussion der einzelnen Ansichten.....	154
(3) Stellungnahme und Ergebnis.....	158
cc) „Existenzvernichtender Eingriff“.....	159
dd) Institutsmissbrauch/Formenmissbrauch.....	159
d) Persönliche Haftung der Mitglieder bei unzulässiger wirtschaftlicher Betätigung eines e.V.?.....	160
aa) Diskussion der einzelnen Ansichten.....	161
(1) Persönliche Haftung der Vereinsmitglieder aufgrund einer der bekannten Fallgruppen der „Durchgriffshaftung“?.....	161
(2) Persönliche Haftung der Vereinsmitglieder aufgrund eines eigen- ständigen „Durchgriffstatbestands“ wegen Rechtsformverfehlung?.....	163

(a) Argumente gegen eine „Durchgriffshaftung“ wegen Rechtsformverfehlung.....	163
(b) Argumente für eine „Durchgriffshaftung“ wegen Rechtsformverfehlung.....	168
bb) Stellungnahme.....	177
cc) Ergebnis.....	181

Dritter Teil: Der Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung des Vereinsrechts vom 25.08.2004.....183

A. Die geplanten Änderungen des Vereinsrechts durch den Referentenentwurf vom 25.08.2004.....184

I. Geplante Änderungen von § 21 BGB.....	184
II. Geplante Streichung von § 22 BGB.....	184
III. Geplante Änderung von § 43 BGB.....	185
IV. Geplante Änderung von § 54 BGB.....	185

B. Kritische Würdigung der seinerzeit geplanten Änderungen des Vereinsrechts.....186

I. Geplante Änderung von § 21 BGB.....	186
II. Geplante Streichung von § 22 BGB.....	191
III. Geplante Änderung von § 43 BGB.....	192
IV. Geplante Änderung von § 54 BGB.....	194

C. Fazit.....197

D. Eigene Vorschläge für eine zukünftige Reform des Vereinsrechts.....197

I. Vorgeschlagene Änderung von § 21 BGB.....	197
II. Vorgeschlagene Änderung von § 22 BGB.....	199
III. Vorgeschlagene Änderung von § 54 BGB.....	200
IV. Vorgeschlagene Änderung von § 395 FamFG.....	201

Vierter Teil: Abschließende Zusammenfassung der Ergebnisse.....203

Literaturverzeichnis.....211